

# Neue Rechtsform, hilfreich für Start-ups

**Gesellschaftsrecht.** Eine neue, unbürokratische Kapitalgesellschaftsform soll Gründer und Investoren nach Österreich locken. Ein Regelungskonzept liegt jetzt in Buchform vor.

Wien. Wie könnte eine neue Gesellschaftsform ausgestaltet werden, damit sie vor allem für Start-ups attraktiv ist? Das wird seit Langem diskutiert. Stichwort „Austrian Limited“. Es geht dabei um bessere Bedingungen für Gründer und Investoren, aber auch um Anreize für potenzielle Mitarbeiter. Denn im internationalen Rennen um die besten Köpfe haben es heimische Start-ups nicht unbedingt leicht.

## WIRTSCHAFTS RECHT

VON CHRISTINE KARY

[diepresse.com/wirtschaftsrecht](https://diepresse.com/wirtschaftsrecht)

Ein Begutachtungsentwurf könnte noch im Herbst vorgelegt werden. Dieser Tage in Buchform präsentiert wurde ein vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Regelungskonzept, mit dessen Erstellung die Anwaltskanzleien CMS Reich-Rohrwig Hainz und Herbst Kinsky beauftragt waren. „Die Presse“ sprach darüber mit den Autoren des Gutachtens, Johannes Reich-Rohrwig, Philipp Kinsky und Sixtus-Ferdinand Kraus.

Letztlich gehe es um mehr Attraktivität für den Wirtschaftsstandort, bringen sie das Reformziel auf den Punkt: Österreich liege im internationalen Vergleich laut Rankings nur im Mittelfeld. Dabei sei die Alpenrepublik von der Förderlandschaft her ein durchaus attraktives Gründerland, betont Kinsky. Schwieriger werde es aber, sobald ein junges Unternehmen Expansionskapital benötigt. Denn beim Venture Capital hinkt Österreich nach wie vor vielen anderen Ländern hinterher.

Zwar stieg das heimische Start-up-Finanzierungsvolumen im Jahr 2020 – trotz Corona – auf 212 Millionen Euro an, wie aus dem EY-Start-up-Barometer hervorgeht. Der europäische Spitzenreiter Großbritannien brachte es im Vorjahr jedoch auf 13,9 Milliarden Euro. Umgelegt auf die Einwohnerzahl sei das rund achtmal so viel wie in Österreich, gibt Kinsky



[MGO]

vorgang soll digital abgewickelt werden können“, nennt Reich-Rohrwig ein Beispiel. Auch die Zulassung qualifizierter elektronischer Signaturprogramme würde damit zur Norm. Gerade jungen Gründern komme das entgegen, sagt Kraus. „Wollen die Gesellschafter das nicht, sollen sie es abwählen können.“ Der Vorschlag laute hier, „das Regel-Ausnahme-

### AUF EINEN BLICK



„Austrian Limited“  
Manz-Verlag, 214 Seiten  
54 Euro

**Johannes Reich-Rohrwig** ist Rechtsanwalt und Gründungspartner der Kanzlei CMS Reich-Rohrwig Hainz sowie Professor an der Universität Wien. **Philipp Kinsky** ist Rechtsanwalt und Gründungspartner der Kanzlei Herbst Kinsky.

**Sixtus-Ferdinand Kraus** ist Universitätsprofessor für Zivilrecht und Rechtsanwalt (Kanzlei CMS Reich-Rohrwig Hainz).

Verhältnis umzukehren“, erklärt Kraus: Wer z. B. keine elektronische Signatur will, muss sie aktiv ausschließen.

Als Erleichterung für nicht deutschsprachige Beteiligte soll es zudem bei der Austrian Limited erlaubt sein, rechtsverbindliche Dokumente wie den Gesellschaftsvertrag, die Beschlussfassungen und die Rechnungslegung auf Englisch abzufassen. Die Zuständigkeit für Gesellschaften mit englischsprachigen Urkunden könnte für ganz Österreich bei einem Gericht gebündelt werden, das dann über entsprechend sprachkundige Richter und Rechtspfleger verfügen müsste – zum Beispiel beim Handelsgericht Wien.

Ein weiteres großes Thema für die Gründerszene sind Mitarbeiterbeteiligungen – denn Start-ups können dringend benötigten Top-Fachkräften oft noch keine marktüblichen Gehälter zahlen. Die Chance, sich direkt am Unternehmen zu beteiligen, kann da ein wichtiges Incentive sein. Wichtig wären dafür jedoch steuer- und sozialversicherungsrechtliche Begleitmaßnahmen – etwa, dass Er-

träge aus Mitarbeiterbeteiligungen (Dividenden/Exit-Erlöse) nicht dem progressiven Lohn- bzw. Einkommensteuersatz, sondern dem besonderen Steuersatz für Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen, sagt Reich-Rohrwig.

### Stimmrechtslose Anteile

Zudem soll es laut dem Regelungskonzept unterschiedliche Anteilsklassen geben – für Mitarbeiterbeteiligungen auch solche ohne Stimmrecht. Vor allem das stößt teils auf Kritik: So warnte die Arbeiterkammer, dass Mitarbeiter dann, ohne ein Mitspracherecht zu haben, mit Niedriglöhnen abgespeist werden könnten – und durch die Finger schauen, wenn das Unternehmen doch nicht reüssiert und die Gesellschaftsanteile am Ende nichts wert sind.

Kinsky sieht das anders: In der Realität laufe Mitbestimmung in Start-ups nicht über Abstimmungen in der Gesellschafterversammlung, „das funktioniert anders“. Und bei den Beteiligungen „geht es um die wirtschaftliche Teilhabe am Erfolg“. Aus seiner Sicht wäre auch nicht zu befürchten, dass dann Unternehmen außerhalb der Start-up-Szene ihre Mitarbeiter ebenfalls in großem Stil mit „Anteilen statt Geld“ abzuspeisen versuchen: „Zum Beispiel ein Gasthof macht das in der Praxis nicht.“ Kollektivvertragslöhne müssen zudem jedenfalls bezahlt werden – so es für die jeweilige Branche solche gibt.

Eine andere, grundsätzliche Frage ist, wie viel aus dem neuen Regelwerk auch ins GmbH-Recht einfließen könnte. „Einige Bestimmungen, wie jene über stimmrechtslose Anteile oder bedingtes Kapital, würden gut für die GmbH passen“, sagt Kinsky. Generell sei zu hoffen, dass die Einführung der neuen Rechtsform und die ebenfalls anstehende GmbH-Reform in einem Schritt erfolgen werden, ergänzt Reich-Rohrwig: Denn käme fürs Erste nur die Austrian Limited, müssten die Regeln dafür bald wieder adaptiert werden. Laut dem aktuellen Diskussionsstand soll dort nämlich in weiten Teilen auf das GmbH-Recht verwiesen werden.